

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der Tschechoslowakischen Republik.

Bezugs-Bedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:

monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährlich 96.—
ganjährlig 192.—

Rückstellung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
lenbung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich früh

7. Jahrgang.

Samstag, 9. Juli 1927.

Nr. 159.

Der Hinauswurf.

Der Parlamentsklub des Bundes der Landwirte hat seine Mitglieder, die Abgeordneten Mayer und Hanreich aus geschlossen und er will, wenn es geht, gleich gründliche Arbeit leisten, indem er den Wahlgerichtshof anzurufen gedenkt, um ihnen die Mandate aberkennen zu lassen, weil sie im Parlamente gegen die Verwaltungsreformvorlage gestimmt haben. Zwischen die Wahl gestellt, entweder teilzunehmen an dem Verbrechen der Erwürdigung der Selbstverwaltung und der Drosselung der Demokratie, oder gegen die Klubdisziplin zu verstoßen, haben sich Mayer und Hanreich für das letztere entschieden, was der Klub der Landwirte mit ihrem Ausschluß zu beantworten sich bezieht. Nach achtzehnjährigen, rustikalen Traditionen geht es in manchen Dorfwirtschaftshäusern so zu: private und politische Meinungsdivergenzen enden mit einer allgemeinen Keilerei, bei welcher zum Schluß die Minderzahl von der Mehrzahl an die Luft gesetzt wird, wodurch die Mehrzahl den strikten Beweis erbringt, daß sie im Rechte ist. Dieser schönen Übung sind die Landwirte auch in diesem Falle treu geblieben. Die Apportierer der Verwaltungsreform waren im Klub des Bundes der Landwirte in der Mehrheit, ergo latet sie gut daran, die Minderheit, die sich vermaß, über die Pflichten eines deutschen Volksvertreters gegenüber seinem Volke anderer Meinung zu sein, aus dem landbündlerischen Tempel hinauszuerwerfen und ihnen gleichzeitig die entsprechenden Plätze nachzusenden. So wird Recht gesetzt, und das ist nun mal so landbündlerische Sitte. Wer mit der herrschenden Majorität nicht eines Sinnes ist, der fliehet. Oder: Willst Du nicht mein (Kohleneinfuhrschein-)Bruder sein, so schlag ich Dir den Schädel ein!

Begründet wird der Ausschluß durch einen Artikel der „Deutschen Landpost“ und eine Rede des Abgeordneten Windirsch — ein für das politische Genferamt besonders geeigneter Herr — welche dieser in einer gut geführten Sitzung der Reichsberger Kreisleitung seiner Partei gehalten hat. Diese Erläuterungen zum Ausschluß beweisen, daß sich die Landwirte die polemischen Methoden einerseits der Kommunisten, andererseits der früheren tschechischen Koalition mit großem Geschick angeeignet haben. Bis zum Donnerstagabend waren Mayer und Hanreich Mitglieder des Bundes der Landwirte und parlamentarische Mandatäre, am Freitag früh erfuhr die staunende Mitwelt aus dem parteioffiziösen landbündlerischen Kommuniqué, daß die beiden nicht nur Auswürflinge ärgster Art seien, sondern, daß man sie als solche schon seit Jahren durchschaute. Genau wie bei den Kommunisten? in dem Augenblick, da sie einen ihrer zahlreichen Hinauswürfe vollziehen oder einer ihrer Anhänger sie angewidert verläßt, wird der Betreffende rechenmäßig als Ausbund von Schlechtigkeit erkannt, dessen Nichtswürdigkeit man schon längst gekannt habe. Der seine Herr Windirsch weiß nun auf einmal mit vollem Munde über Mayer zu erzählen, er sei durch die Gnade der Sozialdemokraten in Oesterreich zur Amtsdauerzeit Staatssekretär für Heerwesen gewesen und sei von „getränkter Eitelkeit“ erfüllt. Auch sei er das „Prototyp eines Menschen, dem die Person alles, die Sache dagegen nur wenig oder gar nichts gilt“. Nach der Methode der tschechischen Koalitionspresse geht Windirsch den Mayer an, indem er ihm seine angebliche Staatsfeindschaft — Marke: Jeder ist ein Staatsfeind, der sich nicht zum Basallen Sveshla erniedrigt — vorwirft und ihm nachjagt, daß er die Gelder dieses verhassten Staates gerne nehme. So habe sich Mayer zur Wirtschaftskonferenz nach Genf delegieren und sich „diese Teilnahme gut dotieren“ lassen. Fein, was! Doch lassen wir den vielen Windirsch selber sprechen: „Sein (Mayers) Verhalten erinnert mich an den Spruch: „Den Franzmann liebt er nicht, doch seine Weine trinkt er gern!“, der auf Mayer angewendet, lauten kann: „Den

tschechischen Staat liebt er nicht, doch nimmt er gerne seine Gelder!“ Bei dieser Gelegenheit erzählt man, daß der Klub der Landwirte vor einiger Zeit über Mayer eine — Geldstrafe (!) verhängte und der Parlamentskassaden Auftrag gab, ihm diese Geldstrafe von den Abgeordnetenkonten abzugreifen! Mayer hatte nämlich die Klubsitzen nicht besetzt, wahrscheinlich deshalb, weil er mit Leuten, die seine geschworenen Feinde waren, nicht zusammen sitzen wollte. Weil sich nun Mayer diese entwürdigende Behandlung nicht gefallen lassen wollte, sagt der gute Windirsch von ihm, es sei durch die verhängte Geldstrafe eben „eine empfindliche Stelle seines Körpers, die Geldstrafe“, getroffen worden. Bis vorgestern waren sie Klubgenossen, heute weiß der eine vom andern zu erzählen, daß er voll Eigennutzes ist! Ueber Hanreich berichtet Windirsch, er hätte einen „beweglichen Geist“, der ihn von der nationalen Partei zum Bund der Landwirte geführt habe, und er habe sich als Meister überall dort gezeigt, „wo Intriguen gesponnen werden“, so daß man ihn „Loki, den mythischen Unheilstifter“ nennen könne. Am 17. Jänner 1925 habe Hanreich den damaligen Klubvorsitzenden Krepek anlässlich seines siebzehnten Geburtstages in einer Rede gefeiert, und einige Monate später denselben Klubvorsitzenden im Gedenken mit Dr. Lodgman für alle Zeiten unmöglich machen wollen! Wenn das alles wahr ist, so haben es die Landwirte doch sicher schon früher gewußt — wie konnten sie Mayer und Hanreich in ihren Reihen belassen? Das Urteil über Ehrenmänner, die „Material“ über ihre Parteifreunde sammeln, um es im geeigneten Momente loszulassen, drängt sich wohl jedem in einem kräftigen „Pfui Teufel!“ über die Lippen.

Während der ganzen Parlamentsdebatte über die Verwaltungsreform hat nicht ein einziger der deutschen Regierungsabgeordneten sich auf der Rednertribüne gezeigt, keiner hat den Mut gefunden, offen über ihre Zustimmung zur Vorlage Rede und Antwort zu stehen. Aber als Mayer und Hanreich gegen die Vorlage votierten, da wurden die feigen Schweiger lebendig. Der Treubruch an Sveshla erschien ihnen verächtlicher als der von ihnen selbst verübte Treubruch an der eigenen Nation. Für die Tat der zwei, so entrüsteten sich die Landwirte, gebe es „seit Jahrzehnten kein Beispiel in der Parlamentsgeschichte“, was bekanntlich unwar ist, und es gibt seit Jahrzehnten höchstens kein Beispiel für die von Regierungsdeutschen verübte Lumperei. Auch die Berufung auf die in jeder politischen Partei notwendige Disziplin ist hinfällig, denn es war der Bund der Landwirte, ebenso wie die anderen deutschen Regierungsparteien, der noch anfangs Juni für den Entwurf erst dann zu stimmen erklärte, wenn wichtige Änderungen nationaler und anderer Natur an ihm vorgenommen werden würden. Kein Titelchen wurde geändert, dennoch brachten es die Landwirte über sich, unter Bruch auch dieses ihres letzten Versprechens für die Vorlage zu stimmen. Es ist natürlich Sache der Landwirte, ob sie sich die Herrschaft der sie führenden Majorität gefallen lassen wollen oder nicht, und auch ihre Sache ist es, wenn sie in ihren Reihen dulden wollen und wenn nicht, aber sie werden nicht verhindern können, daß sich die Wähler die Frage vorlegen, was denn eigentlich Partei- und Klubdisziplin sei, und ob diese dazu verpflichten, daß ein Parteimitglied jede Charakterlosigkeit mitmachen muß. Am Wahlkampf haben die Landwirte mit keinem Worte gesagt, was sich hinter dem Schlagwort des Aktivismus verbirgt, es ist also jeder ihrer Wähler in der Lage, nachzuprüfen, auf welcher Seite der Berat an den Parteigrundsätzen liegt, und auch nachzuprüfen, wie es um das moralische Recht der Landwirte bestellt ist. Widerpenstige gegen ihre Politik auszusprechen. Die Sache reicht daher über die Bedeutung eines häuslichen Parteizwistes weit hinaus. Und das wird sie um so mehr, je weniger die zwei Depoßierten sich ihre Maßregelung gefallen lassen werden.

Unwetterkatastrophe in Nordböhmen.

Wolkenbruch im Eulautal. — Zahlreiche Häuser unter Wasser. — Weggerissene Häuser, gefährdete Menschenleben. — Die größte Katastrophe seit Menschengedenken.

Vodenbach, 8. Juli. Nachdem schon heute in den Morgenstunden eine dröhnende Stille die schlimmsten Befürchtungen erweckt hatte, entsand sich in den Nachmittags- und Abendstunden in der Umgebung von Vodenbach, namentlich aber im Eulautale, ein Ungewitter, wie es seit Menschengedenken nicht zu verzeichnen war. Von 4 Uhr nachmittags bis in die zehnte Abendstunde löste ein Blitz den anderen ab und im Eulautale ging ein fürchterlicher Wolkenbruch nieder. Binnen kurzer Zeit schwoll der sonst harmlose Eulautalbach zu einem reißenden Strom an, der alles in seinem Bereich Gefährdete und an zahlreichen Gebäuden großen Schaden anrichtete. Im Augenblick unkontrollierbaren Gerüchten zufolge sollen in Rönigswald zwei Häuser weggerissen worden sein; nach einer anderen Version sollen es gar zwölf Wohngebäude sein, die dem zum reißenden Wildbach angeschwollenen Eulautal zum Opfer fielen. Die Schadensumme dürfte, soweit sich im Augenblick darüber überhaupt ein Urteil abgeben läßt, viele Hunderttausende betragen.

Die Feuerwehr von Vodenbach und anderen Orten ist unausgeseht tätig, die bedrohten Menschen und das bedrohte Mobiliar zu retten. In einzelne Wohnungen drang das Wasser mit solcher Schnelligkeit ein, daß die Leute das Haus nicht mehr verlassen konnten und von der Feuerwehr aus den höher gelegenen Stockwerken, bzw. durch das Dach gerettet werden mußten. In Vodenbach selbst wurde eine Brücke von den Fluten weggerissen. Ganze Baubestandteile, Teile von Dachstühlen, Möbelstücke, Arbeitsgeräte, Kirmenlasten selbst ganze Baumstämme, wie sie im Walde stehen wurden angeschwemmt und zum Teil von der Feuerwehr herausgezogen. Die Hälfte der Vodenbacher Bevölkerung ist zur Stunde, 11 Uhr abends, auf den Weiden, um das verheerende Schauspiel anzusehen. Nach vielfach geäußerten Meinungen ist dies die größte Witterkatastrophe, von der seit Menschengedenken das Eulautal heimgesucht worden ist. Selbst die Ueberschwemmung im Jahre 1897 brachte nicht solche Wassermengen wie die heutige Katastrophe.

In Vodenbach ist der Ortsteil Schmelze unter Wasser gesetzt; eine große Anzahl von Wohnungen sind bis zur Decke mit Wasser angefüllt.

Wir werden einen ausführlicheren Bericht noch in der nächsten Folge veröffentlichen.

Die Unwetterkatastrophen vor dem Parlament.

Die Landesulturräte vertellen die Unterstüzungen. — Der Garantiefond im letzten Augenblick auf 20 Millionen erhöht.

Prag, 8. Juli. Das Abgeordnetenhaus nahm heute die Vorlage an, durch welche ein Befähigungsnachweis für das Gast- und Schankgewerbe eingeführt wird. Auf der Galerie saß eine größere Gruppe von wohlgenährten Leuten, denen man den Gastwirt in Sonntagsgelandung auf den ersten Blick ansah. Einer von ihnen konnte es sich nicht versagen, seinen Abgeordnetenkollega Petrovich nach der Annahme der Vorlage lebhaft zu attackieren, doch wurde er rasch hinauskomplimentiert.

Kafao, Schokolade und Tee ohne alkoholische Zusätze, aber nicht mehr Kaffee ausgeben dürfen. Wenig (Nat.Soz.) protestiert gegen die erwähnte Bestimmung, durch die die Zunderbäder geschädigt werden. Tichy (Gewerbepartei) verlangt überhaupt einen Befähigungsnachweis für das Gewerbe, da er ein Bildungsnahe sei. Hier wird Herr Tichy durch die Zwischenrufe unserer Genossen Dr. Czoch und Zehweichart, welche die Lehrlingsfeindschaft der Gewerbebetreibenden anprangern, in solche Verlegenheit gebracht, daß er zum Schluß darauf verzichtet, auf die treffenden Einwürfe unserer Genossen zu antworten. Nach dem tschechischen Gewerbeparteiher Pechman lehnt der Referent Petrovich alle in der Debatte beantragten Änderungen ab. Die Vorlage wird sodann in erster Lesung unverändert angenommen.

Ein Heldentat in der Nichtachtung des Parlamentes leistete sich die Koalition wieder einmal bei der Beratung des Regierungsentwurfes über die Hilfsleistung bei Unwetterkatastrophen: Die zehn Millionen, die ursprünglich die Höchstgrenze der staatlichen Garantie bilden sollten, waren den Agrariern natürlich zu wenig. Das hätte nicht einmal für die tschechischen Agrarier gelangt und selbst für die Koalitionsbrüder, die Volksparteiler und die Slowaken, wäre kaum etwas übrig geblieben. So wurde denn ganz plötzlich die Sitzung auf eineinhalb Stunden unterbrochen und in der Zwischenzeit der Finanzminister so weit bearbeitet, daß er in die Erhöhung auf zwanzig Millionen einwilligte. Im Handumdrehen war ein entsprechender Antrag fabriziert und vom Referenten in seinem Schlusswort, ohne daß mehr eine Debatte möglich gewesen wäre, zur Annahme empfohlen. Daß die Mehrheit durch solche Vorfälle den ohnedies berücksichtigten tschechoslowakischen Parlamentsbetrieb nur noch mehr profittieren, scheint der Koalition dabei nicht einmal recht zu Bewußtsein zu kommen!

Den zweiten Punkt der Tagesordnung bildet der Regierungsantrag auf Gewährung von Unterstüzungen bei Elementarkatastrophen.

Nach Beginn der Sitzung um 12.15 Uhr erweist der Vorsitzende nachträglich den Abgeordneten Koberg und Horpynka eine Rüge wegen verschiedener Zwischenrufe in der Sitzung vom 1. Juli. Auch Krebich erhält einen Ordnungsruf, weil er in dieser Sitzung die Parlamentsjournalisten beleidigt hat.

Referent Dubichy erklärt, daß diese Schäden heuer in Böhmen über 100, in Mähren über 50, in Schlesien 8 und in der Slowakei 20 Millionen betragen. Dem Abgeordnetenhause wurden im Ganzen 96 Initiativanträge auf Gewährung von Unterstüzungen überreicht. Das Innenministerium hat als erste Hilfe eine Million (!) angewiesen. Der Staat soll nach der Vorlage den durch Unwetterkatastrophen in ihrer Existenz bedrohten Landwirten in der Art zu Hilfe kommen, daß er die Zahlung eines Teils der Zinsen für die Anleihen übernimmt, die dem geschädigten Landwirt von Geldanhaltern gewährt werden. Diese Anleihen dürfen den Betrag von zehn Millionen nicht überschreiten; der Staatszuschuß auf die Zinsen beträgt drei Prozent des Gesamtbetrages für höchstens zehn Jahre. Nach Paragraph 2 soll vom Jahre 1928 angefangen eine Neuregelung dieser Unterstüzungen in der Form erfolgen, daß die auf Grund des Paragraphen 108 des Gesetzes über die direkten Steuern errichteten Fonds vom Staat jährlich mit acht Millionen dotiert werden, während die Landeigentümer durch einen zwölfprozentigen Zuschuß zur Grundsteuer ungefähr denselben Zuschuß leisten werden. Diese Fonds werden aber von den im Kleinbesitz der Agrarier stehenden Landesulturräten verwaltet!

Den ersten Punkt der Tagesordnung bildet der Befähigungsnachweis für das Gast- und Schankgewerbe, über den Abgeordneter Petrovich referiert. Die Angelegenheit zieht sich schon durch acht Jahre hin. Erst in dieser Koalition gelang es den Gewerbeparteilern, ihre vielfach eng zünftlerischen Forderungen durchzusetzen. So wird künftig der Befähigungsnachweis für Orte über 4000 Einwohner, bei Vereinsheimen erst in Orten über 6000 Einwohner eingeführt; er wird durch den Lehrbrief und den Nachweis dreijähriger Vertvendung als Gehilfe im Gastgewerbe erbracht. Die bisherigen Konzessionen bleiben aufrecht. Durch den Paragraph 3 werden namentlich die Zunderbäder geschädigt, welche in Zukunft wohl noch

Charakteristisch für die Art, wie bei uns legislatorische Arbeit geleistet wird, ist der Umstand, daß der gedruckte Ausschlußbericht sechs Resolutionen enthält, von denen zwei identisch sind und zwei einander widersprechen, indem die eine die obligatorische, die andere die freiwillige Versicherung als Gehilfe verlangt; die sechste Resolution ist nach dem Bericht des Referenten nur „irrtümlich“ in den Ausschlußbericht gekommen! Unsere Genossen hatten nämlich im Budget-

ausschuss beantragt, daß die nach dem Gesetze zu bildenden Fönde von einer aus allen Parteien verhältnismäßig zusammengesetzten Kommission zu verwalten seien nach Inkrafttreten der Verwaltungsreform sollte sie von den gewählten Mitgliedern der Landesvertretungen gewählt werden. Dieser Antrag wurde von der Mehrheit abgelehnt, erschien aber plötzlich in Form einer Resolution im Ausschussbericht. Nachträglich erschienen den Herren der Mehrheit nunmehr auch die Annahme dieser Grundfönde in der Form einer bloßen Resolution zu gefährlich und sie erklärten das Ganze als „Missverständnis“.

Genosse Schweichhart

bedauerte, daß der Entwurf die überaus wichtige Frage der Entschöpfung bei Elementarschäden in keiner Weise befriedigend löst.

Die erste Vorbedingung wäre eine systematische Regulierung der gefährlichsten Flüsse und die Verbannung aller Wildbäche,

doch ist in dieser Beziehung noch viel zu wenig geschehen, weil die bewilligten Gelder bei weitem nicht ausreichen. Die Regierung hat das am 15. Oktober 1926 beschlossene Gesetz direkt sabotiert, indem sie statt 64 Millionen nur 6 Millionen für Elementarschäden ins Budget einstellte. Infolge dieser sträflichen Gleichgültigkeit der Regierung sind die einzelnen Bezirke zur Verfügung gestellten Beträge lächerlich gering; obendrein wird bei der Verteilung vielfach sehr parteiisch und einseitig vorgegangen.

Weniger als 3 Prozent, die man bewilligt, kann man schon wirklich nicht mehr geben.

Man wird allerdings sagen, daß es später besser werden wird. Aber auch die Beträge, die vom Jahre 1928 angefangen eingehoben werden, entsprechen noch immer nicht den durchschnittlichen Anforderungen, geschweige denn den Bedürfnissen in Jahren außerordentlicher Katastrophen. Nach dem Gesetze kommen für Subventionen nur „Landwirte“ in Betracht.

Es kann also der Fall eintreten, daß ein Bauer Subventionen erhält, sein Nachbar, der mindestens ebenso schwer betroffen wurde, aber nicht einen Kreuzer erhält, weil er ein Schuster oder Schneider ist. Was sagt zu dieser Bestimmung die deutsche Gewerkschaft? Die Frage, wer als Landwirt anzusehen ist, muß um so eher gestellt werden, als von gewisser Seite der Begriff der Landwirtschaft möglichst streng gezogen wird. So waren in dem in der „Prager Presse“ etwas vorzeitig veröffentlichten Gesetzentwurf über die Agrarkulturkammern als Mitglieder der geplanten landwirtschaftlichen Zwangs-genossenschaften jene Eigentümer, Pächter usw. landwirtschaftlichen Bodens vorgesehen, deren Grundausmaß mindestens ein Hektar beträgt.

Wenn dieser Ratstab auch bei der Verteilung der Notstandsubventionen angewendet werden sollte, dann hätten gerade die Allerärmsten, die von den Elementarkatastrophen verhältnismäßig am schwersten betroffen werden, das Nachsehen, obwohl auch sie die 12prozentigen Zuschläge bezahlen müssen.

Man muß unter allen Umständen die soziale Lage des Geschädigten und das Verhältnis des Schadens zu seinem Besitz in Betracht ziehen, wenn man die Subventionen gerecht verteilen will. Im Gesetz ist jedoch kein Maßstab für die Beurteilung der Bedürftigkeit vorgesehen, sondern es wird alles dem Verwaltungswege vorbehalten. Die Landeskulturräte, welche die Fönde verwalten sollen, sind die Vertreter rein agrarischer Interessentkreise; die erdrückende Mehrheit der landwirtschaftlichen Bevölkerung ist durch das vorläufige Wahlrecht von der Mitarbeit in den Landeskulturräten systematisch ausgeschlossen.

Ueber dem Landwirtschaftsministerium und den Landeskulturräten weht die grüne Fahne des rücksichtslosen Agrarismus; wir können in diese Körperlichkeiten nicht das Vertrauen setzen, daß sie die Unterstüfungsfönde objektiv verwalten werden, sondern müssen befürchten, daß sie eine Quelle ärgster Protektion und damit der Korruption werden.

Aus diesem Grunde verlangen wir, daß der Fönde von einer eigenen, paritätisch aus Fachleuten zusammengesetzten Kommission verwaltet wird. Aber gerade vorhin hat der Referent Dr. Frey die Ablehnung der gleichlautenden Resolution beantragt. Die einzige vernünftige Lösung könnte nur auf Grundlage einer geordneten Versicherung gegen Elementarschäden erfolgen. Die in einigen Resolutionen verlangte Schöpfung einer allgemeinen Versicherung gegen Hagelschäden und Tierverluste ist natürlich nur eine Falschheit, da sie auf dem Grundsatz der Freiwilligkeit aufbauen soll. Schon vor Jahren wurde ein Aufruf zur Errichtung einer staatlichen Versicherungsanstalt genommen, das scheiterte aber am Widerspruch der Agrarier, die ihre eigenen Institute nicht aufgeben wollten. Die Deutschen machten damals Einwände nationaler Natur und verlangten nationale Sektionierung. Wir sind neugierig, ob die deutschen Regierungsparteien auf diesen Forderungen bei Schöpfung der staatlichen Versicherung bestehen werden! Die Vorlage ist ein Jammerprodukt gewöhnlichen politischen Schachens und sehr unzulänglich; wir könnten für sie nur dann stimmen, wenn man alle unsere Änderungsanträge berücksichtigt (Beifall.)

In der der weiteren Debatte, die sich bis in die Abendstunden hinauszog, sprachen noch Mikuláš (tsch. Nat. Soz.), Koudelka (tsch. Soz.-Dem.), Janálik (tsch. Alexik), Mikulášek (Komm.), Dr. Jádina (tsch. Agr.), Schmerda (Komm.) und Šodina vom Bund der Landwirte.

Dann wurde um halb 6 Uhr ganz unerwartet die Sitzung bis 7 Uhr abends unterbrochen, angeblich um eine „Lüftung des Saales“ zu ermöglichen. In Wirklichkeit aber verhandelte in dem Couloirs eine Gruppe tschischer Koalitionspolitiker, darunter der Referent Dubický, Staněl, Štítný und andere, mit dem Finanzminister Dr. Engliš wegen Erhöhung des mit zehn Millionen angelegten Höchstbeitrages der Anleihen. Herr Engliš zeigte sich diesen agrarischen Wünschen gegenüber bedeutend zugänglicher als sonst. Es wurde schnell ein Änderungsantrag Staněl, Pradač und Genossen fabriziert, daß die Gesamtsumme der garantierten Anleihen von zehn auf zwanzig Millionen erhöht werde, und dieser Antrag nach Wiedereröffnung der Sitzung vom Referenten dem Hause zur Annahme empfohlen, was auch geschah. Von seiten der Opposition gab es verschiedene Proteste gegen diese merkwürdige Art, dem Hause im letzten Moment einen schwerwiegenden Änderungsantrag hinzuwerfen und ihn ohne jede Möglichkeit einer Debatte zur Abstimmung zu bringen. Auch bei der Ablehnung der „irrlümlích“ in den Ausschussbericht gelangten Resolution Schweichhart gab es erregte Zwischenrufe und Proteste.

Beide Vorlagen wurden im abgeklärten Verfahren dann auch in zweiter Lesung genehmigt. Bei der folgenden Abstimmung über eine Reihe dringlicher Interpellationen wurde u. a. auch über eine Interpellation des Nationalsozialisten Šim m wegen der Durchführung notwendiger Vorkehrungen im Gabelzorn Industriegebiet abgestimmt, die „Der Tag“ seinerzeit sicher als arbeiterfreundliche Tat ersten Ranges bezeichnet hat; heute hielten es die deutschen Nationalsozialisten aber für ganz überflüssig, bei der Abstimmung auch nur anwesend zu sein! Sämtliche National-

sozialisten glänzten durch ihre Abwesenheit!

Nächste Sitzung Dienstag, den 12. Juli um 3 Uhr nachmittags. Auf der Tagesordnung stehen u. a. das Wechselgesetz und Immunitätsangelegenheiten.

Die Verwaltungsreform im Senat.

Die Vorlage wird in Nachsitzungen durchgepeitscht.

Prag, 8. Juli. Die gestrige Sitzung des Verfassungsausschusses des Senates dauerte bis nach Mitternacht. Heute vormittags hielt der Referent das Schlusswort zur Generaldebatte, worauf die Koalition das Eingehen in die Spezialdebatte beschloß. An der Debatte beteiligten sich fast nur die oppositionellen Mitglieder des Ausschusses; von der Mehrheit sprach nur Dr. Brabec, welcher ehrlich zugab, daß die Mehrheit an dem Beschluß des Abgeordnetenhauses nichts ändern werde. Wie diese Neuherung mit der so oft betonten Würde und dem Ansehen des Senates vereinbar ist, überlassen wir der Bevölkerung zur Beurteilung.

Genosse Dr. Heller

führte in längerer Rede zu den Einführungsbestimmungen aus, daß die Gane, wie sie durch das Gangegesetz festgelegt wurden, gewiß die Grundlage für eine wirkliche Selbstverwaltung des Volkes bilden können, wobei allerdings die selbstverständliche Voraussetzung eine andere Einteilung der Gane sowie die Beseitigung des Einflusses der Beamten wäre. Die Aufassung der Gane und ihre Einteilung durch Länder bedeuete eine Zentralisation der Verwaltung, die keineswegs im Interesse der Bevölkerung gelegen ist: sie ist in Wirklichkeit der Beseitigung der Selbstverwaltung gleichzusetzen. Der wahre Zweck der Vorlage ist einseitig der, daß die wenigen Teile des Landes, welche industriell weiter vorgeschritten sind, zugunsten der agrarischen Teile neue Lasten auf sich nehmen sollen. Als ein neues Geschenk an die Agrarier zu den vielen früheren! Die Mehrheit und die Regierung ist offenbar deshalb zu der neuen Vorlage gekommen, weil sie befürchten mußten, daß in vielen Gauen (Lann, Karlsbad, Böhmiſch-Leipa, Jungbunzlau, Mährisch-Ostrow, Brünn) die sozialistischen Parteien entweder die Mehrheit oder doch eine ausschlaggebende Minderheit sein würden. Des wollte man unter allen Umständen verhindern und schuf deshalb die Ländervertretungen, in denen die sozialistischen Parteien wenigstens für die nächste Zukunft keine Aussicht auf die Mehrheit haben. Jeder der tschischen Mehrheitsparteien wird ein Land zugewiesen: Den Agrariern Böhmen, den Alexikalen Mähren und den slowakisch Alexikalen die Slowakei; in allen Ländern wird in Wahrheit die nationaldemokratische Bürokratie herrschen.

Die deutschbürgerlichen Parteien helfen bei dieser sogenannten Reform weder mit, obwohl sie genau wissen, daß der Einfluß der Deutschen nicht nur in den beiden rein deutschen Gauen, sondern auch in vielen anderen Gauen mit starker deutscher Minderheit bei weitem größer gewesen wäre als in den Ländern, in denen sie nun zu einer bedeutungslosen Minderheit herabsinken. Die Deutschbürgerlichen helfen aber trotz dieser Erkenntnis aus ihren Klasseninteressen heraus dem tschischen Bürgertum; dieses Masseninteresse sieht eben zu den Interessen der Arbeiter aller Nationen und insbesondere dem der deutschen Arbeiter in scharfem Widerspruch.

Genosse Dr. Heller beantragt aus all diesen Gründen die Streichung der Bestimmungen über die Errichtung der Länder.

Nach längerer Debatte wurde sein Antrag

ebenso wie die übrigen von den oppositionellen Parteien gestellten Anträge abgelehnt. Interessant ist, daß in der heutigen Sitzung an die Stelle des agrarisch-nationalen Richters der Agrarier Erdmann Spiegl trat und daß dieser ehemalige Schönerrianer mit wahrer Begeisterung für alle Bestimmungen des Gesetzes stimmte, welche auf eine Entrechtung des deutschen Volkes hinauslaufen!

Für die Art, wie die kommunistische Partei die Vorlage „bekämpft“, ist folgender mehr humoristische Vorgang bezeichnend: An Stelle des Senators Houser, der in der gestrigen Sitzung nicht erschienen war und dadurch die Ablehnung des Verlagsantrages verschuldet hatte, sollte Senator Tozil treten. Auch dieser erschien nicht. Nun wurde als sein Ersatzmann Senator Skala namhaft gemacht, der aber auch nicht erschien. In dessen Stelle trat Senator Sturc, der es ebenfalls vorzog, wegzubleiben; endlich erschien am Nachmittag der Kommunist Prousa.

Die Debatte geht weiter und wird voraussichtlich bis gegen 2 Uhr früh dauern; sie soll Samstag fortgesetzt und in späten Nachstunden beendet werden. Die Vorlage wird Montag im Druck verteilt werden, worauf die Debatte am Dienstag beginnen und bis Donnerstag dauern soll.

Der Straßensfonds.

Der Budgetausschuss des Abgeordnetenhauses beschäftigte sich gestern mit der Vorlage über den Straßensfonds. Genosse Dietl protestierte zunächst gegen die Durchpfeifung der Vorlage durch den Vorsitzenden, der in ganz ungewohnter Weise ohne Zustimmung des Ausschusses einer Referenten bestimmte. Er protestierte ferner dagegen, daß kein Gutachten des Wirtschaftsrates vorgelegt wurde; in Wirklichkeit ist nämlich ein Gutachten des Wirtschaftsrates positiv, das andere negativ, man hat aber dem Wirtschaftsrat keine Zeit gelassen, sich auf ein einheitliches Gutachten zu einigen. Auch die anderen Wirtschaftsorganisationen, die an der Schöpfung des Fonds interessiert sind, wurden nicht herangezogen. Aus § 2 sowie aus dem Motivenbericht ist zu ersehen, daß sich die Straßenerhaltung nur sehr langsam vollziehen wird. Bevor das Programm völlig durchgeführt sein wird, werden sich die zurzeit hergerichteten Straßen schon wieder in einem desolaten Zustand befinden, wenn nicht auch die Erhaltungsarbeiten ordnungsmäßig erfolgen. Unseren größten Widerstand fordert aber die Art heraus, wie der Betrag ausgebracht werden soll. Die Zentralsozialversicherung soll geschlechtsgewungen werden, eine Milliarde als Darlehen zur Verfügung zu stellen. Ob ein derartiges Vorgehen geeignet ist, das Vertrauen des in- und ausländischen Kapitalmarktes zur Finanzwirtschaft unseres Staates zu fördern, mag dahingestellt bleiben. Auch die Arbeiter werden kein Vertrauen zu dem Institut gewinnen, wenn sie sehen, daß ihm das Verfügungsrecht über die Gelder genommen wird. Ein Uebereinkommen mit der Zentralsozialversicherung wäre sicher viel vernünftiger gewesen, als ein Okroi im Gesetzeswege! Weiter verlangt Genosse Dietl, daß die beteiligten Kreise bzw. die politischen Parteien nach dem Proporz zur Verwaltung des Straßensfonds herangezogen werden. Bezeichnend ist es ferner, daß gegenüber der ursprünglichen Vorlage zwar bei Personalaus, die vielfach Luxuswägen dienen, ein beträchtlicher Nachschuß der Beiträge zur Straßenerhaltung bewilligt wurde, nicht aber bei Lastenautos, obgleich diese eine wichtige volkswirtschaft-

Bei der Kavallerie der Fremdenlegion in Afrika!

Von Emil Slavta-Prag.

An Orten, wo sich die Arbeitslosen treffen, an Stellenvermittlungen, in Ägypten usw. taucht hier und dort mal ein Mann von sehr elegantem und gewinnendem Aussehen auf, der nun vor dem Kreis der rasch verammelten Zuhörer seine Erlebnisse in der Fremdenlegion zum Besten gibt. Meist erzählt er, daß er erst vor kurzem von „Afrika“ (Der Name wirkt insbesondere auf die abenteuerlustige Jugend) zurückgelehrt ist, sich drüben so und so viel Hunderte, nein, Tausender erspart habe. Um seine Worte zu bekräftigen, läßt er seine goldene Uhr spielend durch die Finger gleiten (die Uhr, die sich eben gestern erst um den Spottpreis von dreitausend Kronen gekauft hatte), ja, er läßt die Leute auch einen kleinen Einblick in seine wohlgefüllte Brieftasche tun und gibt auch „gerne etwas zum Besten“. Wird ihm dann die Frage gestellt, was er weiter zu machen gedenke, stellt er sich sehr entrüstet, denn was könnte er anderes tun, als wieder in das Paradies auf Erden, nach Afrika, zurückkehren und wo könnte er es besser haben als in der Fremdenlegion!! Photographien, auf denen der Erzähler in Phantasieuniform auf Pferd, Kamel und Elefanten oder im Kreise einer lustigen Schar Kameraden, alle natürlich elegant angezogen und in fröhlichster Miene, zu sehen ist, wandern im Kreise herum, werden gehörig bestaunt und wohl drängt sich sofort auch den Laufschern und Bewunderern der Gedanke auf: wenn ich es auch nur so gut haben könnte!! O ja, sie können es auch so gut haben, sie brauchen sich ja nur zur Fremdenlegion zu melden! Fast flehend bitten ihn nun die Leute, sie auch des Glückes teilhaftig werden zu lassen,

ste mitzunehmen, und der Werber hat sein Geschäft gemacht. Widerwärtig erklärt er sich nun bereit, die Leute, die er sich auskucht, als bloße Begleiter nach Frankreich mitzunehmen, doch nur bis Frankreich! aus reinem Erbarmen. Dort sollten sie sich Arbeit, die es in Hülle und Fülle gäbe, selbst suchen; und sind sie mal in Frankreich angelangt, liefert sie der Werber meist im Legionärdepot in Metz ab und kehrt wieder zurück, um an anderer Stelle sein Handwerk fortzusetzen.

Diese Art der Werbung ist wohl die allergerährlichste, gerade in unserer Zeit der sozialen Not und umsonst, als sie dem Gesetz keinerlei Handhabe zum Einschreiten bietet. Hierbei sei noch als Kuriosum erwähnt, daß kein Kulturstaat der Welt seinen Angehörigen die Erlaubnis zum Eintritt in die Fremdenlegion erteilt, ja, die zurückgelehrt Legionäre sogar empfindlich bestraft, während die Tschechoslowakei schriftlich ihr Einverständnis gibt!

Das sind wohl die beiden vorherrschenden Arten der Werbung, doch gibt es noch verschiedene andere Tricks, mit denen (wie zum Beispiel in unserem Falle) das Menschenmaterial eingebracht wird, ganz abgesehen von den leider sehr zahlreichen Fällen, da sich Leute wirklich selbst zur Legion melden!

Nach der Ankunft des Transportes aus Metz wurden wir sofort in das Magazin geführt, mußten dort unsere Zivilkleidung abgeben, von der wir nichts mehr zu sehen bekamen und erhielten zum Ersatz hierfür jeder eine neue französische, grüne Uniform und als Kopfbedeckung die in Frankreich übliche Mütze, den Zweispiß. Zeitlich am nächsten Morgen mußten wir dann am Kasernenhof in Dreierreihen antreten, dann setzte sich unser Zug unter Eskorte in Bewegung, und wir verließen die Kaserne, marschierten durch die Stadt dem Bahnhof zu. Untertwegs kümmerte sich die französische Bevölkerung nicht wei-

ter um uns, wohl gewöhnt an Aufzüge gleicher Art und sahen sie uns doch an, dann waren es Blicke voller Verachtung, die sie uns zuwarfen und nicht selten hörten wir den Ausdruck „Boches“, mit dem sie uns bezeichneten, uns Fremdenlegionäre, die wir nur für Frankreichs gewaltsame Kolonialpolitik unsere Haut zu Markte tragen wollten!

Am Bahnhof harrete uns bereits auf einem Nebengeleise einer jener dort üblichen langen Gypregewagen, in den wir nun eingepfercht wurden, samt der Eskorte, die sich im Wagen so verteilte, daß wir hinreichend „gesichert“ waren. Und als sodann der Rapid-Zug einfuhr, wurde unser Wagen angekoppelt und ab ging es in uns unbekannter Richtung. Wir passierten Toul, Lyon, Dijon, dann den ehemaligen päpstlichen Sitz Avignon, mit seinen berühmten Olivenbäuen und schließlich landeten wir um 7 Uhr früh am nächsten Tag in der bekannten Hafenstadt Marseille an.

Unsere Ankunft war bereits abisiert, am Bahnhof erwarteten uns zwei französische Sergeanten und wieder mit unserer Eskorte durchquerten wir die Stadt, um schließlich in das Fort Saint Jean einzutreten. Das Fort, eine Befestigung am Meeresstrande, durch eine Zugbrücke vom Lande getrennt, mit hohen steil abfallenden Mauern aus der Meerseite, liegt schräg gegenüber der aus dem Romane „Der Graf von Monte Christo“ bekannten Insel St. Im Depot, in dem für uns wieder ein großes Legionärzimmer reserviert war, sahen wir zum ersten Mal die gefürchtete Reitertruppe Afrikas, die Spahis, in ihrer malerischen Tracht: weite grüne Pumpfosen, grellrote Bauchbinde; blaue rotgestickte Weste, hoher Turban mit Schnürze verziert und grellrote Pelzerine mit Kapuze. Die Pelzerine ist auf der Innenseite weiß und wird in Afrika unter Togs, zum Schutz vor den Son-

nenstrahlen verkehrt, also mit der weichen Seite nach außen getragen. Hier lernten wir auch einige Mitglieder der Reitertruppe kennen, deren Mannschaftszimmer wir unter ihrem Kommando reinigen und während unseres Aufenthaltes im Depot in Stand halten mußten. Sonst ließ jedoch auch die Behandlung und Verpflegung nichts weiter zu wünschen übrig, wenigstens ich bei dieser Gelegenheit auch eines Landsmannes, eines Subtenedentes, namens Klinger, in gerade nicht rühmlichem Sinne gedenken muß. Klinger war Legionärssergeant, war im Besitz eines „Zertifikates“ unserer Regierung, demnach ihm offiziell der Eintritt in die Fremdenlegion gestattet wurde und benahm sich gegen uns mehr als nicht landsmännlich, so daß wir ihm in weitem Bogen stets auswichen. Auch erprehte und erschwindelte er von einigen unserer leichtgläubigen Naturen die letzten Wertgegenstände, die diese etwa noch besaßen, mit dem Versprechen, ihnen einen ganz besonders guten Dienst in Afrika zuzuteilen.

Natürlich war auch hier kein Ausgang für uns, es bot sich auch keinerlei Fluchtmöglichkeit für uns und so verbrachten wir vier Tage in diesem Depot. Unsere tägliche Arbeit bestand in der Reinhaltung des Depots, zu welchem Zweck wir zu kleineren Abteilungen unter dem Kommando mehrerer Spahis- oder Reiterhaupteingeführt wurden.

Am fünften Tage mußten wir am Hof uns sammeln, dann erschien ein französischer Sergeant, der jedoch auch deutsch sprach, und forderte die gebienten, alten Kavalleristen unter uns auf, vorzutreten, da zehn Mann für die Kavallerie der Fremdenlegion benötigt würden.

(Fortsetzung folgt.)

Die rumänischen Wahlen. Natürlich siegt Bratianu.

Bukarest, 8. Juli. (Mador.) Die heute früh bekanntgegebenen Wahlergebnisse ergeben, wenn sie auch unvollständig sind, eine große Mehrheit für die Regierungspartei auf allen Gebieten des ehemaligen Königreiches sowie auch in Bessarabien und in der Bukowina. Die Opposition der nationalen Bauernpartei hat größere Erfolge in Transilvanien erzielt. Nach den bisherigen Schätzungen zählt die Regierungspartei ungefähr 60 bis 65 Prozent, die nationale Bauernpartei ungefähr 25 Prozent der abgegebenen Stimmen. Es ist zweifelhaft, ob die übrigen Parteien, außer den Minderheiten mehr als 2 Prozent der Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen erzielen werden. Die Wahlen gingen in vollkommener Ruhe vor sich, es kam nirgends zu einem Zwischenfall (?).

Eine Studienreise durch Thüringen.

Von Leopold Böhl.

An die vom Verein für Kommunalwirtschaft und Kommunalpolitik in Berlin im Vorjahre veranstaltete Studienreise deutscher Gemeindepolitiker aus der Tschechoslowakei in Preussisch-Schlesien schloß sich heuer in der zweiten und dritten Juniwoche eine Reise durch den Freistaat Thüringen an. Unter den 31 Reiseteilnehmern befanden sich außer dem Reiseleiter Herrn Erwin Stein-Berlin 17 aus der Tschechoslowakei, 1 aus Dänemark, 2 aus Estland, 1 aus Finnland, 2 aus Schweden, 1 aus Niederlande, 2 aus Lettland und 4 aus Ungarn. Die fünf sozialdemokratischen Teilnehmer aus der Tschechoslowakei konnten in dem Präsidenten der Stadtverordnetenversammlung von Göteborg (Schweden) Wasse Jacobson noch einen sechsten Genossen begrüßen. Die Studienreise begann mit dem Zusammenreffen der Teilnehmer in Weimar am 7. Juni und fand ihren Abschluß in Eisenach, wo am 16. Juni die diesjährige Tagung des Vereines für Kommunalwirtschaft und Kommunalpolitik eröffnet wurde. Zwei Gesellschaftswagen der Erfurter Straßenbahn brachten uns von Weimar über Apolda, Bad Kösen, Naumburg, Gera, Greiz, Jena, Saalfeld, Coburg, Hildburghausen, Oberhof, Gotha, Mühlhausen ans Ziel der Reise: Eisenach.

Thüringen ist nicht nur ein Land der geistigen und wirtschaftlichen Regsamkeit seiner Bevölkerung, sondern auch der politischen Gegensätze und Zerrissenheit. Neben dem planmäßigen Drängen zu großen und neuen Zielen, die in der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung und einigen über den Durchschnitt ragenden bürgerlichen Verwaltungspraktikern ihre Antriebskräfte hat, stößt man auch auf kleinspielerische Rückständigkeit. So ist es wohl schon zur Zeit Weimars stolze Tage gewesen, wo neben den größten Denkern und Dichtern auch kleine Geister lebten, deren Treiben Koberg mit glänzend-humorvoller Satire zeichnete. Damals beklagten treue christliche Fürstentumstrennen Goethes Privatleben, nahmen seine und Schillers beste Arbeiten unter die kritische Lupe, wenn sie abends um das Wachszerzengli saßen, hörten Fichtes philosophische Vorträge, ohne sich darüber viel Gedanken zu machen; heute benörgeln politische Kräfte das in der Goethestadt geschaffene große Verfassungswerk der deutschen Republik. Wohl wurden die acht Herzog- und Fürstentümer mit Ausnahme einiger Gebiete, die sich zu Bayern und Preußen schlugen, nach dem Umsturz zu einem gemeinsamen Staatswesen zusammengeschlossen, aber die Kleinstaaterei hat noch ihre Anhänger. Der Staatsarchivar von Weimar mag recht haben, wenn er im neuer erschienenen Werk „Thüringen“ schreibt: „Noch heute ist das Wort vom Volk der Denker und Dichter eitel windige Phrase!“

Politisch gleicht Thüringen einem Schlachtfeld, auf dem sich nunmehr Elemente herumtummeln, die bei normalen Zeiten nicht aufkommen können. Die Gemeindevertretung von Erfurt, der einzigen Großstadt Thüringens mit 137.000 Einwohnern, setzt sich aus nicht weniger als elf Parteigruppen zusammen, obwohl es in Thüringen natürlich keine nationale Zerplitterung gibt. Die politische Unbefähigkeit, die in den Reihen der Arbeiterschaft furchtbaren Schaden anrichtet, drückt auch der Führung des jungen Staates ihren Stempel auf. Der sozialdemokratischen Mehrheit im Staatsparlament, die sehr gute gesetzgeberische Arbeit leistete, folgte eine sozialdemokratisch-kommunistische, die schließlich im Jahre 1924 von einer bürgerlichen abgelöst wurde. Kommunistische Methodik hat es im roten Thüringen, so wie im roten Sachsen, zustande gebracht, daß die roten Fahnen vom Regierungsgelände in Weimar und von vielen Rathhäusern herabgeholt werden können. Die vereinigten Bürgerlichen sitzen im Sattel. Einige ihrer Wortführer sind duldsam und verständig, andere zeigen mit Stolz die Einrichtungen, die ihnen die sozialdemokratische Opposition abtötigte, ohne auch nur ein Wort über die eigentlichen Schöpfer zu sagen. Und wenn den rechtsstehenden national-monarchistischen Feinden der Republik und des Sozialismus das Niederreiten alles Sozialistischen auch nicht möglich ist, das Proletariat des von der Natur so gesegneten Landes hat viel verloren.

Die gesetzlichen Grundlagen der Gemeindearbeit.

Die bürgerliche Regierungsmehrheit hat mit Gesetz vom 10. Febr. 1925 bis von der roten Mehrheit am 20. Juli 1922 beschlossene Ge-

Der Kleinbauernverband im Vormarsch.

24 Neugründungen. — Zuwachs von 700 Mitgliedern. — Rückgang des Bundes der Landwirte in allen Gebieten.

Vom Zentralverband der deutschen Kleinbauern und Häusler wird uns geschrieben:

Wenn wir auf die erste Hälfte des Jahres 1927 zurückblicken, so können wir mit Stolz einen erfreulichen Erfolg unserer Arbeit feststellen: 24 neue Ortsgruppen mit nahezu 700 Mitgliedern wurden gewonnen. Weitere 4 Ortsgruppen-Gründungen sind in Vorbereitung. Deren Errichtung wurde durch die Ertüchtung verzögert und wird dann im Herbst vollzogen werden. Außerdem sind im Gebiet von Braunau ein Bezirksverband und in Westböhmen der Kreisverband Mies neu geschaffen worden. Wenn wir nun diesen Erfolg konstatieren, so müssen wir auch auf die Ursachen verweisen. Die Militärpolitik der deutsch-bürgerlichen Parteien, die den Steuerträgern 5 Milliarden kostet und unsere Gemeinden und öffentlichen Anstalten der Tschechisierung ausliefert; ihre Steuer- und Zollpolitik, die den Großagrariern und Großkapitalisten Millionenwinne, dem kleinen Landvolk aber Millionenlasten brachte; die Bodenreform, die nur zugunsten agrarischer Protektionsländer durchgeführt wird; die Droßelung der Gemeindefinanzwirtschaft und nicht zuletzt die sogenannte „Verwaltungsreform“, die den Deutschen die letzten nationalen Rechte nimmt und das arbeitende Landvolk der Polizei- und Bürokratiemiliz ausliefert — alle diese Dinge haben wir dem arbeitenden Landvolk durch unsere Reichstagsung und zwei große Versammlungssaktionen zur Kenntnis gebracht. Und es hat angeschaut und begriffen, worum es geht. Der Zustrom zu unserer Organisation beweist das am allerbesten.

Bei unseren Versammlungen haben wir auch die Erfahrung gemacht, daß es mit dem Bund der Landwirte in den meisten Gebieten herab geht. Während unser Verband fast im ganzen böhmischen und mährischen Gebiete Neugründungen aufzuweisen hat, hört man nicht selten, daß ganze Ortsgruppen des Bundes der Landwirte schon seit Jahren nicht mehr zahlen. In vielen Bezirken ist die Organisation des B. d. L. schon längst zusammengebrochen, die Mitglieder werden am Papier weitergeführt und der Bündlersekretär kann sich oft nur halten, weil er gleichzeitig Sekretär des Land-

meinde- und Kreisverbandes, die den Gemeinden und Landkreisen volle Selbständigkeit einräumte, aufgehoben und am 8. Juli 1926 eine neue Landesverwaltungs-, Gemeinde- und Kreisordnung beschlossen. Sie ist seit 1. August 1926 in Wirksamkeit. Das neue Gesetz verschlechterte die Verhältnisse ganz erheblich; manches Gute blieb bestehen. So vor allem die Dezentralisation der Verwaltung in dem festgesetzten Zweigelt: Staatsverwaltung-Selbstverwaltung. Alle Selbstverwaltungsangelegenheiten sind autonom durch die Gemeinden und Landkreise zu regeln. Auch Zweige der Staatsverwaltung, wie z. B. die Polizei, die vom Staate finanziell erhalten wird, stehen unter gemeindlicher Aufsicht. Geblieben ist aus der Zeit der sozialistischen Regierung das Gesetz vom 20. April 1922 über die Wohlfahrtspflege und auch im neuen Schulgesetz konnte nicht alle sozialistische Arbeit vernichtet werden. Der Grundgedanke: „Zutrauen verdet den Menschen, ewige Vormundschaft fördert sein Reifen“, von dem sich die sozialdemokratische Staatsregierung leiten ließ, konnte nicht ganz ignoriert werden. Die bürgerliche Mehrheit war bisher klug genug, den Vogen nicht zu überspannen. Den Gemeinden und Kreisen ist ihre Selbständigkeit und damit eine bestimmte Entwicklung gesichert, die sich seit Einführung der Rentenmark in regelmäßigen Bahnen bewegt.

Der thüringische Städteverband.

Als Interessenorganisationen der Gemeinden Thüringens gelten der „Thüringische Städteverband“ und der „Verband der thüringischen Landkreise.“ Unter den 17 Vorstandsmitgliedern des Städteverbandes sitzen vier Sozialdemokraten. Vorsitzender ist Oberbürgermeister Kehler, Meiningen, Stellvertreter Stadtratvorsitzender Gen. Müller, Altenburg, mit dem wir in Eisenach zusammentrafen. Zur Vorbereitung der Beschlüsse bestehen im Städteverband: Verwaltungsausschuss, Rechtsausschuss, Finanz- und Steuer-, Ausbildung, Schulausschuss, Bau- und Wohnungsausschuss, Personalausschuss und Wohlfahrtsausschuss. Der Städteverband ist Mitglied des Reichs-Städteverbandes und hat in dessen Vorstand vier Vertreter, darunter einen Genossen. Gemeinsam mit den Beamtenorganisationen, dem Sparkassen- und Giroverbande, gründete der Städteverband vier Verwaltungsschulen für Gemeindebeamte. Die Teilnehmer einer Schule hoben sich einer Prüfung für den Verwaltungsdienst zu unterziehen. Schulgeld 100 Mark. Vor einem Jahre hat der Städteverband den Thüringer Verkehrsverband ins Leben gerufen. Die Arbeit im Städteverband vollzieht sich ohne größere Reibungen, obwohl häufig entgegengesetzte Auffassungen gegen einander streiten.

(Fortsetzung folgt.)

Genossen!

Traget bei jeder Gelegenheit euer Parteiabzeichen!

wirtschaftlichen Bezirksverbandes ist. Der beste Beweis hierfür ist das Zugrundegehen der landbündlerischen „Landzeitung“ in Mähren, dessen Herausgeber der größte mährische Sozialist, Direktor Hilmer, war. Das Blattchen trug am Kopf ständig die Bemerkung „10.000 Abonnenten“ und hatte sich zur Aufgabe gestellt, den Kleinlandwirten das Gruseln vor den „Roten“ beizubringen. Nun ist es eingegangen, verendet an übermäßiger Hebe gegen den Kleinbauernverband, von dem es noch kurz vor dem Tode behauptete, er existiere in Mähren überhaupt nicht.

Aber wir wollen uns bei aller Freude über unseren Aufschwung keinen Illusionen hingeben. Obgleich viele Kleinlandwirte vom Landbunde sich abkehren, laufen ihm immer noch Tausende von ihnen nach. Und er ist noch immer so stark, um durch seine Politik dem arbeitenden Landvolk den größten Schaden zufügen zu können. Er hat noch immer soviel Zeitungen, um am Lande die öffentliche Meinung irrezuführen und die Gehirne vieler Kleinbauern und Landproletarier zu verkleistern. Auch jene, die voll Ekel und Karger über die Politik der deutsch-bürgerlichen Parteien seine Reihen verlassen, stoßen nicht immer zu unserer Organisation. Sie fühlen sich betrogen, sind gegen andere Organisationen sehr mißtrauisch und bleiben indifferent. Diese Leute für unsere Organisation zu gewinnen, ist unsere Aufgabe. Deshalb heißt es weiter arbeiten, weiter agitieren und weiter kämpfen. Die Tätigkeit für die Organisation legt dem einzelnen Vertrauensmann oft erhebliche Opfer an Zeit und Geld auf. Aber diese Opfer müssen gebracht werden, denn ohne Arbeit und ohne Opfer kann nichts geschaffen werden. Und wenn wir die großen Massen der Kleinlandwirte und Häusler erfassen wollen, wenn wir sie zu Massenbewegten Kämpfern erziehen wollen, so haben wir noch ein schweres Stück zu bewältigen. Die kommenden Gemeindevahlen müssen uns wohl gerüstet finden. Daher muß unsere Agitation sofort nach der Ernte mit erneuter Schwung einsetzen. Da muß unsere Losung heißen: „Alle Mann an Bord“, damit wir unserem schönen Erfolg im 1. Halbjahr einen ebenso schönen bei den Gemeindevahlen im 2. Halbjahr an die Seite stellen können.

Tagesneuigkeiten.

Demonstration gegen den Justizmord.

Paris, 8. Juli. Die kommunistische „Humanité“ meldet, daß gestern in New York 300.000 Arbeiter eine Stunde lang zum Zeichen des Protestes gegen die Verurteilung der Anarchisten Zacco und Banzetti gestreift haben.

Der Radowesker Doppelmörder durch Gift geendet.

Tot in der Zelle aufgefunden.

Die Radowesker Tragödie hat, soweit es sich um die Zählung der Blutschuld handelt, einen jähen Abschluß gefunden. Der Doppelmörder Hajek, der Sonntag abends das Ehepaar Köhler in Radowesky erschossen, dessen Tochter, die Bergarbeitergattin Marie Martinowitsch schwer und den Bergarbeiter Martinowitsch leicht verwundete, hat sich dem Arm der irdischen Gerechtigkeit entzogen, indem er sich gestern nachts im Arrest des Brüxer Kreisgerichtes vergiftete.

Gestern nachts gegen halb 2 Uhr bemerkte der diensthabende Gefangenewart in Brüxer Kreisgerichtesgefängnis, daß Hajek in seiner Zelle auf dem Boden lag. Auf die Frage des Wärters gab Hajek an, daß ihm übel sei. Er klagte über große Schmerzen und erbrach. Bald nachher legte er sich aber ruhig auf seine Lagerstätte. Früh um 4 Uhr wurde er von einem anderen Wärter, der Nachschau hielt, tot aufgefunden. In der Zelle lag ein an den Untersuchungsrichter gerichteter Zettel, worin Hajek diesen hat, einen Geldbetrag an seine Eltern gelangen zu lassen. Auf einem Taschentuch fand man mit Bleistift geschriebene Abschiedsgrüße an die Eltern. Es ist daher zweifellos, daß Hajek Selbstmord verübt hat. Alle Anzeichen deuten auf Vergiftung hin. Wie Hajek in den Besitz des Giftes gelangte und wie er es trotz der strengen Untersuchung bei der Einkieferung im Gefangenhause in die Zelle bringen konnte, ist noch unauflösbar. Die Leiche Hajeks wird zwecks Feststellung der Todesursache obduziert werden; sein Selbstmord bildet den Gegenstand einer eingeleiteten Untersuchung.

Das tägliche Risiko des Militarismus.

Warschau, 8. Juli. Auf dem Artillerieübungsplatz in Rembertow bei Warschau erfolgte gestern die Explosion einer LK mit Explosivstoffen. Dabei wurden zwei beim Verladen der Kiste beschäftigte Arbeiter getötet, zahlreiche Arbeiter und Soldaten leicht schwer, teils leicht verletzt. Die Explosion erfolgte aller Wahrscheinlichkeit nach durch Selbstentzündung der Explosivstoffe infolge der übermäßigen Hitze.

Wird Lewin fliegen?

Paris, 8. Juli. Bekanntlich hat Lewine die Absicht kundgegeben, auf der „Miß Columbia“ nach Amerika zurückzukehren. „Chicago Tribune“

infolge hat er den französischen Flieger Drouhin zum Piloten gewählt, der bereits mit Lewine einen Vertrag unterschrieben haben soll.

Der „Matin“ schreibt zu dieser Meldung, daß Drouhin schon heute mit der „Miß Columbia“ einen Versuchsflyg von Paris nach London zu unternehmen beabsichtigt.

Es ist unzünftig, den Krieg zu bekämpfen. In dem Leipziger Verlag „Die Wölfe“ erschien Ende 1924 das von Bruno Vogel verfasste Buch „Es lebe der Krieg“. Es trug ausgesprochen kriegerischen Charakter und brachte in mehreren Abschnitten auf erschütternde Weise teils Selbsterlebtes teils Schilderungen von Erlebnissen anderer Kriegsteilnehmer. Das Buch wurde, obwohl es als Kunstwerk anzusehen war, 1925 beschlagnahmt, Vogel, sein Verleger Arthur Wolf und dessen Schwager und Expedient Bauerhof sowie der Illustrator des Buches, der Kunstmaler Berlin, kamen wegen angeblicher Herstellung und Verbreitung unzünftiger Schriften sowie wegen Gotteslästerung vor das Leipziger Schöffengericht. Für Wolf und Bauerhof lautete die Anklage noch auf Pressevergehen, das in der angebl. nach der Beschlagnahme noch erfolgten Weiterverbreitung des Buches gesehen wurde. Das Urteil erging im Januar 1926 und lautete bei Vogel auf 500 Mark Geldstrafe, bei Wolf auf 600 und Bauerhof auf 160 Mark Geldstrafe, Wolf und Bauerhof erhielten ferner noch eine Strafe wegen Pressevergehens und Beihilfe hierzu von 400 Mark, bezw. 100 Mark. Das Urteil wurde angefochten. Berufungsinstantz war das Leipziger Landgericht. Für die Verhandlung, die Ende Mai 1926 stattfand, hatte die Verteidigung mehrere prominente Sachverständige, besonders aus literarischen Kreisen, geladen, die das Buch als nicht unzünftig bezeichneten, ihm vielmehr Kunstwert beimahen. Das Gericht erkannte für Vogel und Berlin auf Freispruch. Verurteilt wurden wegen Pressevergehens Wolf und Bauerhof auf 200, bezw. 80 Mark Geldstrafe. Der Freispruch erfolgte im wesentlichen aus subjektiven Gründen. Das Gericht nahm nicht als erwiesen an, daß die Angeklagten das Bewußtsein der Verbreitung unzünftiger Schriften gehabt hätten. Gegen dieses Urteil legte die Staatsanwaltschaft Revision ein und das gleiche taten die beiden wegen Pressevergehens Verurteilten. Das Reichsgericht fällt dann am 11. Januar 1927 die sehr seltsame Entscheidung, insofern als es der Meinung Ausdruck gab, auch Kunstwerke könnten unzünftig sein. Es gab auch zu bedenken auf, ob die Angeklagten nicht doch erkannt haben könnten, daß das Buch das soziale Sittlichkeitsgefühl verletze und verweise die Sache zur nochmaligen Entscheidung an das Landgericht Dresden. Hier wurde die Sache am 7. Juli nochmals verhandelt. Vogel und Berlin waren durch Rechtsanwalt Rosenfeld-Berlin verteidigt und wurden wiederum freigesprochen. Wolf und Bauerhof erhielten abermals wegen Pressevergehens 400, bezw. 100 Mark Geldstrafe. Das inkriminierte Buch galt auch dem Dresdener Gericht als unzünftig und die Freisprüche erfolgten wiederum aus subjektiven Gründen.

Die richtige Einheitsfront. In Neuhaus in Thüringen haben Kommunisten und Halenkreuzler ein Bündnis geschlossen, um durch Volksentscheid die Auflösung des Gemeindeparlamentes zu erzwingen, in dem die Sozialdemokraten eine nicht zu erschütternde Mehrheit haben. Dieser Volksentscheid sollte die Geschäfte der Bürgerlichen besorgen, die sich feinergerst aus der Gemeindeverwaltung zurückgezogen haben und nun gerne wieder hineinkommen möchten. Die beiden Bundesgenossen sind jedoch jämmerlich hereingefallen, die brachten bei weitem nicht die genügende Anzahl von Stimmen auf, um den Gemeindeentscheid durchzubringen. Die Schande bleibt auf den Kommunisten sitzen, daß sie sich mit den Leuten vom Halenkreuz gegen die Arbeiterpartei verbündet haben.

Die Arbeiter-Olympiade findet auch in der Auslandspressen begeisterten Widerhall. Der Londoner „Daily Herald“ bringt bereits den zweiten Bericht über den Verlauf desselben und spricht mit besonderer Befriedigung davon, daß auch eine Anzahl Arbeiter aus England zu dem großen Arbeiterfest nach Prag gereist sind.

Arbeitslosenunruhen in Rußland. Wie die Blätter aus Minsk melden, kam es gestern dort zu blutigen Zusammenstößen zwischen Arbeitslosen und einer Abteilung der Tscheka. Die sowjetrussischen Milizsoldaten griffen die demonstrierenden Arbeiter an, 250 Arbeitslose wurden verhaftet und am gleichen Tage noch 3 Anführer der Demonstranten erschossen.

Der Flug der Siebenundachtzigjährigen. Am Montag unternahm der österreichische Bundespräsident Dr. Hainisch auf dem Flugplatz Alpen einen Flug mit seiner 87jährigen Mutter, der bekannten österreichischen Frauenrechtlerin Marianne Hainisch. Das Junferflugzeug machte mit dem betagten Fluggast einen Rundflug über Wien und dem Wiener Wald. Die alte Frau äußerte sich nach der Landung begeistert über die Schönheit des Fliegens.

Brieftauben im Dienste der Alpinisten. Der französische Touristen-Verein der Douphine hat zu Berarde, dem Mittelpunkt des französischen Alpinismus, eine Station für Brieftauben eingerichtet, die den Alpenführern zur Verfügung gestellt werden. Man hofft, daß diese Brieftauben bei Unglücksfällen gute Dienste leisten werden. Die Führer, die nämlich verunglückte Bergsteiger auffuchen, brauchen nicht mehr nach Hilfe wieder herabzusteigen, wenn sie die Verunglückten gefunden haben, sondern sie senden eine Taube ab, um weitere Unterstützung herbeizurufen.

Italienische Silberminen im franzo-italienischen Grenzgebiet. Aus Nizza wird gemeldet, daß sich zwei neue ernste Zwischenfälle an der franzo-italienischen Grenze ereignet haben sollen. Der aus Ventimiglia kommende Schnellzug habe unweit der Grenze anhalten müssen; um den Zug vor etwa auf demselben Geleise noch verkehrenden anderen Zügen zu schützen, habe ein Eisenbahnbeamter vorchristlichmäßig Sprengpatronen auf die Schienen gelegt. Ein Carabinieri, der dies bemerkte, habe den Eisenbahnbeamten sofort nach Ventimiglia abgeführt. — Im Tale des Tineaflusses soll eine aus 30 Mann bestehende italienische Abteilung in französisches Gebiet eindringen versucht haben. Von französischen Zollbeamten angehalten und zurückgewiesen, hätten die Italiener erklärt, sie kämen nach Frankreich, um sich dort zu verproviantieren.

Die Eisenbahnkatastrophe im Sarz. Wie dem Berliner „Lokalanzeiger“ zu dem Unglück auf der Sarzquertalbahn aus Wernigerode berichtet wird, wurden die Bergungsarbeiten gestern nachmittags wegen schwerer Gewitter unterbrochen. Neben den vier verunglückten Eisenbahnbeamten sind, nach dem Bericht des Blattes, 4 Frauen und ein 10-jähriges Mädchen aufgebahrt. Zwei andere Frauen sind tot geborgen worden, sollen aber nicht zu den Opfern der Katastrophe gehören, sondern vom Unwetter im Walde überrascht worden und ertrunken sein. Zwei Personen aus Jissenburg sind jedenfalls von einer Wanderung nach dem Brocken noch nicht zurückgekehrt. In dem Bett des Baches fand sich ein Motorrad, von dessen Besitzer jede Spur fehlt.

Die Mutter mit dem Säugling verbrannt. Ein tragisches Unglück hat sich in Strikow bei Trahanowitz zugezogen. In der Nacht zum 5. Juli brach auf dem Dachboden eines mit Stroh bedeckten Gehöftes ein Brand aus. Auf dem Dachboden hatte der Tagelöhner Franz Byroubal mit seiner Familie, seiner 17-jährigen Gattin Eudimilla, dem 18 Monate alten Vlastimir und der fünf Wochen alten Tochter Eugenie Unterschlupf. Als die Familie erwachte, standen die Heuvorräte des Dachbodens bereits in hellen Flammen. Byroubal warf, da an Flucht nicht mehr zu denken war, das ältere Kind aus einer Luke des Dachbodens in den Hofraum und sprang dann selbst hinunter. Wie durch ein Wunder kamen beide fast unverfehrt davon. Byroubal wollte dann seine Frau und das Tochterchen retten, doch waren beide bereits verbrannt. Das Weib brannte nieder. Bei dem Rettungsversuche erlitt der Unglückliche Brandwunden.

Die Sacco-Banzetti-Petition ist im Bilde im „Daily Herald“ reproduziert. Es sind zwei große Rollen Papiers in der Form von aufgerollten Teppichen mit einem Riesenumfange, da die Petition nicht weniger als eine Million Protestunterschriften gegen die Verurteilung der beiden Sozialisten trägt.

Gefährliches Speisefeis. In Neapel erkrankten zwanzig Personen nach dem Genuß von Speisefeis. Die Vergiftungserscheinungen sind darauf zurückzuführen, daß der Kupferbehälter, in dem das Eis hergestellt wurde, Grünspan angefeht hatte.

Er wollte den eigenen Sohn erhängen. Vergangenen Donnerstag wollte ein kremlerischer Anwohner in seiner Hofkommer seinen 16-jährigen Sohn erhängen. Eine Nachbarin, die zufällig Zeugin des sträflichen Beginns war, durchtrennte mit einem Hadenhieb den Strick. Der Vater geriet darüber derart in Wut, daß er die Frau schwer mißhandelte. Auf der Polizei gab er an, daß das Kind „sehr schlumm“ war und „keine Hoffnung auf Besserung vorlag“. Am endlich einmal Ruhe im Hause zu haben, habe er sich entschlossen, das eigene Kind aus der Welt zu schaffen!

Im Fieberwahn sinn in den Tod. Aus Preshburg wird gemeldet: Der 24-jährige Bäckergehilfe Josef Spandru zog sich eine schwere Lungenerkrankung zu und lag bereits im bewußtlosen Zustande im hohen Fieber. In diesem Zustande erhob er sich plötzlich aus seinem Bett und ging durch. Sieben Tage trieb er sich im Fieberwahn sinn

ohne Nahrung in den naheliegenden Wäldern herum. Er wurde an einem Bache tot aufgefunden.

Schießerei eines irrsinnigen Wachsoldaten. Der Soldat Krula in Znaim wurde während des Wachdienstes beim Augmentationsmagazin plötzlich von Wahnsinn befallen und begann aus seinem Dienstgewehr zu schießen. Zum Glück wurde niemand verletzt. Der Irnsinnige konnte nur mit schwerer Mühe überwältigt werden.

Ein junger Chemiker als Entführer. In Cechowitz bei Prohnik hatte sich im Mai der 23-jährige Gärtner Stanislaus Majtl verheiratet. In den letzten Tagen entführte er in einem Kraftwagen seine erste Liebe, die 16-jährige Tochter eines dortigen Landwirts. Seine Frau überließ er dem Schicksal. Die Eltern des entführten Mädchens erhielten von Majtl ein Schreiben, daß im Augenblick, wo sie den Brief lesen werden, ihre Tochter

und der Schreiber nicht mehr unter den Lebenden weilen. Majtl wurde aber in den letzten Tagen in Prodel bei Pterau festgenommen und dem Gericht eingeliefert.

Entsetzlicher Selbstmord eines Lehrlings. In Böhmeikirchen verübte der 16-jährige Elektrolehrling Martin W. aus Gram über seine Entlassung vom Lehrplatz Selbstmord durch Starkstrom. Wie die Gendarmerieherhebungen ergaben, hatte sich W. einen zwölf Meter langen und vier Millimeter starken Eisendraht mit dem einen Ende um die Hand gewickelt und am andern Ende einen faustgroßen Stein befestigt, war hierauf auf einen in der Nähe befindlichen Baum gestiegen und hatte das Drahtende mit dem Stein über die Hochspannung geworfen. Der 10.000-Volt-Strom tötete ihn und warf ihn gleichzeitig vom Baum, ohne daß sich hierbei die Verbindung mit der Ueberlandleitung löste.

Zur Geschichte des Kampfes in der Seidenindustrie.

Die Kommunisten lehnen zuerst das Angebot der Unternehmer ab und bezeichnen dieses als einen „Schandsegen.“ — Acht Tage später unterschreiben sie diesen Schandsegen bedingungslos, lehnen es jedoch ab, ihren Mitgliedern in Römerstadt die Arbeitsaufnahme zu empfehlen. In den nächsten acht Tagen beschließen die Kommunisten in Römerstadt die Arbeitsaufnahme ohne jeden weiteren Erfolg. — Dadurch wurden die Arbeiter um einen ganzen Wochenlohn geschädigt. — Angesichts ihrer Niederlage in Römerstadt suchen sie einen Schuldigen. Textilarbeiter! Durchschaut Ihr dieses schwankende, unaufrichtige Verhalten der Bolschewiken noch immer nicht? — Begreift Ihr nicht, daß eine solche demagogische Kampfführung von Niederlage zu Niederlage führen muß?

Wir lehnen es ab, die Arbeiterschaft irre zu führen und zu belügen und wollen über die Lohnbewegung in der Seidenindustrie wahrheitsgetreu berichten:

Dienstag, den 28. Juni l. J., wurde auf Grund der Zugeständnisse in der Seidenindustrie, über welche bereits berichtet wurde, in allen Betrieben, mit Ausnahme von Römerstadt, die Arbeit aufgenommen.

Nur in Römerstadt, bei der Firma Schiel u. Flemmich, lehnte die Arbeiterschaft, verursacht durch eine Reihe der Kommunisten gegen das angebotene zu geringe Angebot der Unternehmer, die Arbeitsaufnahme ab. Obwohl die Kommunisten das Angebot der Unternehmer ohne jeden Vorbehalt, sogar bedingungslos unterschrieben hatten, hefteten sie die Römerstädter Arbeiter in einen länger dauernden, aussichtslosen Kampf, anstatt der Arbeiterschaft zur rechten Zeit die Ausschloßigkeit des Kampfes vor Augen zu führen.

Wahrscheinlich brauchten sie noch eine längere Frist, um gegen die Union der Textilarbeiter eine noch radikalere, lügenhaftere Agitation führen zu können. Um der Arbeiterschaft den wahren Sachverhalt richtig vor Augen zu führen, wollen wir nochmals die Geschichte dieses Kampfes kurz schildern:

1. Am 23. Juni l. J., anlässlich der Verhandlungen in Brünn, lehnten die Kommunisten das Angebot der Unternehmer als ungenügend ab und verweigerten die Unterschrift.

2. Am 25. Juni l. J. hielten die Kommunisten eine Versammlung in Römerstadt ab, in welcher die Ablehnung des Unternehmerangebotes begründet und als ein „Schandsegen“ bezeichnet wurde.

3. Am 27. Juni l. J. dreckselten es die Kommunisten in der Vertrauensmännerstung so, daß dem Gen. Zimmer das weitere Verhalten im Streik in die Schuhe

geschoben wurde, indem er angeblich, nach ihrer erlogenen Behauptung, die Weisung zur Weiterung des Kampfes gegeben habe!

4. Am 29. Juni unterschrieben die Kommunisten den von ihnen bezeichneten „Schandsegen“ der Unternehmer bedingungslos und ohne jeden Vorbehalt. Sie waren also mit diesem Schandsegen acht Tage später bedingungslos einverstanden.

5. Als am 29. Juni l. J. an die Kommunisten die Frage gestellt wurde, ob sie ihren Mitgliedern die Arbeitsaufnahme empfehlen wollten, erklärten sie, daß ihnen dies nicht einmal im Traume einfallt. Infolgedessen waren sie für die Weiterführung des Kampfes, obwohl die übrigen Organisationen angesichts der Erfolglosigkeit des Kampfes bereit waren, der Arbeiterschaft die Erfolglosigkeit auseinanderzusetzen und ihnen zu sagen, daß es besser wäre, die Arbeit aufzunehmen.

6. Am 3. Juli l. J. wandten sich die Kommunisten an Gen. Richter und schlugen die Verbreitung des Kampfes auf die übrigen Seidenbetriebe vor, oder sollte der Streik in Römerstadt beendet werden. Infolge der kurzen Frist (von kaum 24 Stunden) konnte die Union, respektive Gen. Richter, Sierberg, nachdem die Seidenbetriebe in allen Gebieten der Republik verstreut sind, keine Antwort erteilen.

7. Am 4. Juli l. J. beriefen dann die Kommunisten eine Versammlung ein und empfahlen der Arbeiterschaft die bedingungslose Aufnahme der Arbeit, ohne jeden weiteren materiellen Erfolg, was einer Niederlage gleichkommt.

Nachdem die Union der Textilarbeiter und alle übrigen Organisationen beschlossen hatten, der Arbeiterschaft die Annahme des Unternehmerangebotes angesichts der unabänderlichen, bereits früher angeführten Tatsachen und angesichts der Kampfsituation zu empfehlen, ist wohl zur Genüge

erwiesen, daß die Kommunisten durch ihr Verhalten, wie oben aufgezeigt, die Römerstädter Arbeiterschaft um einen ganzen Wochenlohn geschädigt haben. Heute suchen die Kommunisten auf Grund ihrer grenzenlosen Blamaze einen Schuldigen und behaupten, die Union der Textilarbeiter hätte die Weisung zur Weiterführung des Kampfes in Römerstadt erteilt. Der Sachverhalt ist in Wirklichkeit folgender:

Als die Versammlung am 26. Juni l. J. in Römerstadt es ablehnte, das Unternehmerangebot zu akzeptieren und die Arbeit aufzunehmen, erklärte Gen. Zimmer, daß nunmehr eine schwierige Situation entstanden sei, er wisse nicht, ob unter dem Gesichtspunkte, daß in Römerstadt weitergestreift werde, die Aussperrung durch die Unternehmer aufgehoben werden wird oder nicht. Er erklärte weiter, daß wahrscheinlich durch diesen Beschluß eine Verwirrung entstehen würde, nachdem es nicht möglich sein wird, die in der ganzen Republik zerstreuten Seidenbetriebe zu veranlassen, die Arbeit Dienstag, den 28. Juni nicht aufzunehmen; wenn eine Verwirrung entstehe, treffe die Union keine Schuld. Er, Gen. Zimmer, sei kein Flieger, um in 24 Stunden die Seidenbetriebe, welche sich in Schlesien, Mähren und in Böhmen befinden, aufsuchen zu können, um eine Verwirrung aufzuhalten. Nachdem jedoch die Arbeiterschaft in Römerstadt die Arbeitsaufnahme abgelehnt hat, kann sie selbstverständlich in Römerstadt am 28. Juni nicht erfolgen.

Nach der Versammlung beauftragte Genosse Zimmer zwei Vertrauensleute, die Arbeiterschaft von Bergstadt und Braunseifen zu verständigen, daß sie am Dienstag, den 28. Juni l. J., die Arbeit nicht aufnehmen sollen, solange sie keine anderen Weisungen erhalten. Als jedoch alle anderen Gebiete die Aufnahme beschlossen hatten, wurde Bergstadt und Braunseifen, welche ebenfalls das Angebot der Unternehmer angenommen hatten, telegraphisch verständigt, Dienstag, den 28. Juni l. J., die Arbeit aufzunehmen. Für Römerstadt konnte diese Weisung nicht ausgegeben werden, nachdem ein Beschluß der Arbeiter vorlag, daß sie das Angebot nicht akzeptieren und die Arbeit nicht aufnehmen.

Es ist daher eine Lüge, daß Gen. Zimmer in Römerstadt die Weiterführung des Streikes angeordnet hat. Wahr ist vielmehr, daß am 29. Juni l. J. es die Kommunisten in Brünn ablehnten, der Arbeiterschaft in Römerstadt die Arbeitsaufnahme zu empfehlen, so daß die Schuld an dem einwöchigen Verdienstentgang einzig und allein auf die kommunistische Haltung zurückzuführen ist. Dies ist der wahre Sachverhalt und jede andere Darstellung ist erlogen. Die Vertrauensleute, die bei den Verhandlungen waren, in welchen diese Angelegenheiten besprochen wurden, können die Wahrheit dieser Darstellungen bestätigen. Es ist eine immer wiederkehrende Tatsache, daß die Kommunisten bei jeder Lohnbewegung die Union der Textilarbeiter beschimpfen und beschuldigen. Die Arbeiterschaft wird sich eben zu der Ueberzeugung durchbringen müssen, daß die Kommunisten jede Lohnbewegung nicht auf den Erfolg, sondern einzig und allein auf Agitation einstellen und alle Kämpfe, die von einer anderen Gewerkschaft geführt werden, herabsetzen, ganz gleich wie sie enden, während sie selber ihre Niederlage zu verschleiern und zu beschönigen suchen.

Die Zurückziehung der Forderung in Reichenberg seitens der Kommunisten, das Ende des Kampfes in Prag mit einem zehnprozentigen Lohnabbau trotz kommunistischer Kampfführung, und alle übrigen Niederlagen, siehe auch der Kampf Pöschmühle in Arman, Firma Christov Fischer in Mäh, Firma Minger in Araban, Firma Cerkowicz in Brünn, den sechswöchigen Kampf im Niederlande usw. usw. sind sprechende Beispiele für jeden starbenden Arbeiter, wie die kommunistische Gewerkschaft beschaffen ist, und welche Erfolge den Arbeitern, die dieser Taktik folgen, beschieden sind.

Saisonchluss . . .

Von Werner Peter Larsen.

„Blumen und Federn“ stand in großen, vergoldeten Buchstaben über dem Eingang zum Geschäft. Aber was wollte diese profane Ankündigung besagen, wenn man die schwere Eisentür im dritten Stock hinter sich hatte und mit einem Schlage gleichsam in ein Märchen eintrat — in einen prächtigen, in allen Farben leuchtenden Garten? Der ganze Arbeitsaal lag in Frühlingssonne gebadet und durch die halbgeöffneten Fenster wehte von Zeit zu Zeit ein leiser Wind herein und brachte Leben in die Hunderttausende von Blumen. Wo das Auge auch hinsah — nichts als Blumen und Blumen überall! Sie lagen zu riesigen Haufen geschichtet auf den langen, breiten Tischen, sie türmten sich zu leuchtenden Bergen auf der Diele, sie blickten aus allen Schubladen und Schachteln, aus allen Wandstrahlen heraus.

Hier gab es keinen Maschinenlärm, keine kreischende Stimmen und kein brüllendes Lachen. Alles war, wie man es um die Frühlingszeit in einem Garten erwartet: ein leises Summen von gebämpften Stimmen, Sonne, ein warmer Wind und ab und zu, wie aus der Ferne, ein leises, glückliches Lachen. . . . Zwischen den grünen Zweigen und Blättern leuchteten weiße Blüten; lächelnde Mädchen gesichter sahen von den blauen, gelben und roten Blumen auf, und es war auch nicht eine Arbeiterin da, die, wenn sie sich an den mit weißen Papiervorblenden belegten Mittagstisch setzte, nicht sauber und adrett ausgelesen hätte.

Die netten Kleider, die sie an hatten, und die sie sich in den späten Nachstunden selbst genäht hatten, anstatt zu ruhen, deuteten in diesem Falle nicht auf Eitelkeit, sondern sie waren ein Ausdruck des Ordnung- und Geschmacksinnes, der um so höher entwickelt ist, je besser die arbeitende Frau wirtschaftlich gestellt ist. Und sie sprachen von Theatern und Ausflügen und Freunden, und waren von Zeit zu Zeit sogar richtig verärgert, denn die Jugend fordert nun einmal ihr Recht; — hinter allem aber schien doch immer wieder die düstere, heimtückische Frage zu lauern: „Und morgen? Was wird morgen?“

Ah, die Zeit war gar zu schnell vergangen! Der Saisonabschluss machte sich mehr und mehr fühlbar, von Tag zu Tag nahmen die Bestellungen ab; jeden Tag, wenn der Chef durch die Arbeitsäle ging, hörte man ihm von Ueberproduktion reden. . . .

Seit Freitag schon lag eine gewaltige Spannung in der Luft. Alle hatten ernste Gesichter, arbeiteten sie doch alle für ihren Lebensunterhalt und hatten vielfach auch noch jemanden daheim, den sie mit unterstützen mußten; einige waren sogar Witwen, die ihre kleinen Kinder tagsüber in der Krippe oder bei Verwandten untergebracht hatten. Trotzdem waren alle bemüht, sich nichts anmerken zu lassen, denn sie wollten es nicht gern zeigen, wie sehr sie sich vor dem morgigen Tage fürchteten.

Am Sonnabendmorgen war die Stimmung ganz und gar kritisch.

„Arbeitet nur nicht so schnell, sonst werdet ihr zu früh fertig“, sagte jemand im Späth, aber hinter dem Späth schaute der bittere Ernst hervor.

Und nach und nach, wie der Tag ging, hatte bald die eine, bald die andere keine Arbeit mehr; die Stunden schlichen schier endlos dahin.

Die Vorarbeiterin nahm leise die Lohnlisten aus dem Schrank und machte sich bei denjenigen, die zur Arbeit auf Federn dabliefen, ein Zeichen; die anderen, die nur Blumen machten, mußten also aufhören. Hundertundzwanzig junge Mädchen und Frauen sahen bangend zwischen den mächtigen, leuchtenden Blumenbergen und dachten voller Grauen den gleichen atemraubenden Gedanken — hundertundzwanzigmal — an den morgigen Tag und die kommenden ungewissen Wochen. . . . Alle Gesichter sahen allmählich blaß und müde aus, je mehr es zum Schluß der Arbeit ging, und manche begannen leise vor sich hinzusummen, um sich auf diese Weise leichter über die Nervenspannung hinwegzuhelfen. Durch die geöffneten Fenster strömte ein kühler Abendwind herein und spielte mit den Mäthern und Blüten; ein warmer Frühjahrsregen rieselte draußen über die Stadt herab. . . .

„Wenn sie nur dieses Jahr nicht wieder weinen wollte. . .“ sagte jemand leise, mit einer Kopfbewegung nach der Vorarbeiterin hin. „Es ist ihr noch jedes Jahr so zu Herzen gegangen.“

„Ja, und es ist ja auch lange, so bis September ohne Arbeit sein zu müssen. . .“

„Ohne Arbeit? Nanu, wer kann denn das? Ich kann das nicht; ich muß mir eben eine andere Arbeit suchen. . .“

— nämlich?

„Was sich gerade findet. Als Servierfräulein oder in einer Sommerpension oder einer Nähstube oder in einem Blumengeschäft. . .“

„Und wenn sich nun gerade nichts findet?“

Lange Pause. Dann ein Seufzer.

„Es muß sich eben etwas finden. . .!“

„Jetzt kommt sie!“ flüsterte jemand. Zeltfarn, daß ein Flüstern bisweilen hörbar werden kann in einem ganzen Saal. . . .

Alle bemühten sich, möglichst gefast auszusehen. Diejenigen, die gerade keine Arbeit in der Hand hatten, rüdten an ihren Gürteln oder Kragen herum oder machten sich sonst irgendwie zu schaffen.

Die Vorarbeiterin ging langsam an den Tischen entlang, beugte sich zu jeder einzelnen nieder und sprach ihr mit leiser Stimme tröstend zu. Sie hatte Tränen in den Augen. Diejenigen, die bleiben konnten, suchten aus Rücksicht auf die anderen ihre Freude zu verbergen, jene nahmen ihr Schicksal mit erzwungener Ruhe auf.

. . . Vom entgegengesetzten Ende des Saales drang plötzlich ein seltener Laut herüber: da sah wahrhaftig die Vorarbeiterin an dem langen Tisch mit den vielen Tausenden von Stiefmütterchen und weinte still in sich hinein. Je nun — sie hatte ihre Pflicht getan; die Saison war zu Ende, die Arbeit war auch zu Ende; alles auf der Welt hat einmal ein Ende, und so blieb denn nur noch das Scheiden.

„Lebt wohl! Lebt wohl!“ Klang es draußen auf der großen Treppe von allen Seiten. „Lebt wohl. . .“

Tranken, in den Gärten der unermesslichen Stadt, erblickte in diesen Nächten der Frühling zu tausendfältiger Pracht. . . .

„Aber morgen? Aber morgen. . .?“

Mitteilung aus dem Publikum.

Das Beste für Ihre Augen liefert Optiker Deutsch, Prag, Graben 25, Kl. Bazar.



Volkswirtschaft.

Reorganisationspläne in der mährischen Mühlenindustrie. Aus Brünn wird uns geschrieben: Die Reorganisation der mährischen Mühlenindustrie...

Neuer Streik englischer Bergarbeiter. Wie "Daily Herald" unterm 6. d. M. berichtet, sind mehr als 8000 Bergleute im Macitoger Kohlenrevier bei Bridgend neuerlich in Streik getreten.

Prager Produktbörse. (Offizieller Schlussbericht vom 8. Juli.) Die heutige Produktbörse war sehr schwach besucht und auch das Geschäft stagnierte bedeutend...

Gerichtssaal.

Ein Großunternehmen in der Nationalstraße.

Die Firma L. Kossowij, Vertriebsunternehmung, Redaktion der Sportblätter: "Intern. Sport-Rundschau" und "Sportbleif", nimmt eine Anzahl Büropersonal, Herren und Damen, die Kautions erlegen können, sofort auf.

Ein ähnliches Inserat hatte Herr Karl Kossowij und seine Gemahlin Ljossie in den Prager sogenannten "Geschäftsblättern", dem "Prager Tagblatt" und der "Národní Politika" eingeschaltet...

die Angestellten da seien. Seine Gattin, auf deren Namen das Großunternehmen geführt wurde, daß nichts bejahe als die vornehmen Kontorräume in der neuesten Straße von Prag...

Aus den heute zur Verlesung gekommenen Akten erfuhr die 19 Jünglinge, welche den kleinen Verhandlungssaal fast vollständig füllten, daß Herr Kossowij wegen Betruges bereits dreimal vorbestraft ist...

Turnen und Sport.

Ruffenspiele.

Anlässlich des Aufenthaltes der Repräsentationsdelegation der Sowjetunion in Deutschland (Leipzig) traten auch zwei Vertreter unseres Verbandes beifuss Spielabschluss mit den Repräsentanten der Ruffenmannschaft...

Diese erfreuliche Tatsache können wir nicht vorübergehen lassen, ohne der Spielkultur der Russen Erwähnung zu tun. Das, was die Russen am Samstag in Leipzig zeigten, war das beste auf fußballsportlichem Gebiete.

Für die Spiele bei uns würde je eines im Reichsberger, Teplitzer und Karlsbader Kreis zur Austragung gelangen. Näheres folgt nach Abschluss der Spiele.

Das Internationale Arbeiter-Tennis-Turnier. Im Lichterberger Stadion in Berlin begannen am Dienstag die ersten Wettkämpfe des internationalen Arbeiter-Tennis-Turniers.

dier Monate. Während Herr Kossowij die Tränen mit seinem Schnupftuchlein abtrocknete, als ihm der Gerichtshof mitteilte, daß er gleich dableiben müsse, ging Frau Ljossie lächelnd mit ihrem Verteidiger durch die Reihe der Geschädigten...

Eine Freundin des Tanzes.

Prag, 8. Juli. Vor dem Einzelrichter DVOH. Masal stand heute die Magd Bohumila Menglová unter der Anklage des Diebstahls. Sie hatte ihrer Dienstgeberin, einer Wirtin, ein Seidenkleid entwendet...

Aus der Partei.

Jugendbewegung.

S. J. Sonntag, den 10., Bodenausflug nach Jarow. Treffpunkt halb 9 Uhr Endstation der 17er Branik. Mittwoch, den 13., 8 Uhr abends im Verein deutscher Arbeiter Monatsversammlung.

Leitung der Veranstaltung hat leider schon beim Eintreffen der Delegationen dieses Gleichmaß vermissen lassen. Den russischen Spielern, es sind vier und eine Frau erschienen, wurde ein ehrenvoller Empfang mit Ansprache, Hochrufen usw. bereitet...

Hamburg spielt am 13. Juli in Ladowitz. Es ist dies das erste Mal, daß wir eine norddeutsche Mannschaft in unserem Gebiet begrüßen können.

Die russische Fußball-Ländermannschaft, die in Leipzig gegen die deutsche Auswahlmannschaft überlegen mit 8:2 siegen konnte, wird nach ihrem zweiten Spiel in Hamburg, das am Sonntag stattfindet, am 15. Juli in Dresden gegen den deutschen Bundesfußballmeister des Arbeitersports...

Internationaler Arbeitersport in der Pfalz. Der Freie Fußballverein Kaiserslautern, seit dem vergangenen Jahre Meister der Westpfalz, der Pfingsten gegen den französischen Bundesmeister Paris-Pantin mit 0:0 gespielt hatte, steht vor einem neuen internationalen Treffen.

Der Film.

Prager Urania-Kino. Kathis Liebesgeschichten. Das Stück ist der zweite Blasta Burian-Film (der erste war "Die falsche Kate"), nach dem Roman von Josef Struzny von Swatoslaw Innemann inszeniert.

Kunst und Wissen.

Der neue Shaw. Bernard Shaw hat sein Buch über den Sozialismus, das den Titel "Der Weg einer intelligenten Frau zum Sozialismus" tragen wird, beendet. Es wird im Herbst bei Constable in London erscheinen und zugleich in französischer, deutscher und englischer Sprache vorliegen.

220 Theaterdirektoren suchen einen Posten. Um den Direktionsposten am Stadttheater Jittau haben sich nicht weniger als 220 Theaterdirektoren beworben.

Spielplan des Neuen Deutschen Theaters. Samstag, halb 8 Uhr (202-2): "Ariadne auf Naxos." Sonntag, 7 Uhr: "Adieu Mimie!" Montag, halb 8 Uhr: (203-3): "Duell am Libo."

Spielplan der Kleinen Bühne. Samstag: "Statist am Lustspieltheater." Sonntag: "Ein besserer Herr." Montag: "Statist am Lustspieltheater."

Literatur.

Zur Soziologie der Klassenjustiz von Dr. Ernst Frankl (Berlin 1927, E. Laubache Verlagshandlung). In dieser kleinen Schrift vertritt der Verfasser zwei verschiedene Probleme, wenn nicht zur Lösung, so doch der Klärung näher zu bringen.

Herausgeber: Dr. Ludwig Czich. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Druck: Deutsche Zeitungs-Druck-Gesellschaft in Prag.

Advertisement for NWK Wolle Sportwollen featuring illustrations of people and text about wool products.

DRUCK- U. VERLAGSANSTALT GESELLSCHAFT MIT BESCHRÄNKTER HAFTUNG

empfehlen sich den p. t. Behörden, Vereinen, Organisationen, Gemeinden und Kaufleuten zur Herstellung von Drucksorten wie Tabellen, Büchern, Broschüren, Zeitschriften, Zirkularen, Mitteilungsblättern, Einladungen, Plakaten, Flugschriften, Faktionen, Briefpapieren usw. in solider und rascher Ausführung, Setzmaschinenbetrieb und Rotationsbetrieb.

IN TEPLITZ-SCHONAU TISCHLERGASSE NR. 6.